

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

9.3.1906 (No. 80)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 9. März.

№ 80.

1906.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 7. März d. J. wurde Betriebsassistent Jakob Medes in Mannheim-Redarau nach Freiburg versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Rouviers Sturz.

Das Ministerium Rouvier ist bei einer Abstimmung in der gestrigen Sitzung der französischen Deputiertenkammer in der Minderheit geblieben und hat infolgedessen seine Demission gegeben, die Präsident Fallières angenommen hat. Das Kabinett Rouvier, das am 24. Januar 1905 ins Amt trat, war das 42. Ministerium seit der Begründung der dritten Republik. Da die dritte Republik damals seit 34 Jahren und 4 Monaten = 412 Monate bestand, so hat die Durchschnittsdauer der vorhergegangenen Ministerien fast genau 10 Monate betragen. Auch dieser sicherlich nicht für die Stabilität der französischen Verhältnisse Zeugnis ablegende Durchschnitt war nur durch die lange Amtsdauer der beiden Ministerien Waldeck-Rousseau und Combes bewirkt worden, da diese je 33 Monate amtierte, mithin den Durchschnitt aller vorangegangenen Ministerien wesentlich verbessert haben. Rouviers Ministerpräsidentenschaft währte nur etwas über 13 Monate. Eigentlich hatte niemand erwartet, daß Rouvier noch vor den allgemeinen Wahlen zum Rücktritt veranlaßt würde. Nun ist er dem Botum einer sehr zweifelhaften, in ihren Zielen sonst auseinanderstrebenden Mehrheit unterlegen. Die Tumulte, die bei einzelnen Inventuraufnahmen sich ereigneten und zu beklagenswerten Zusammenstößen führten, haben Rouviers Ministerpräsidentenschaft ein frühzeitiges Ende bereitet; den einen genügte die Saltung der Regierung nicht, den anderen ging sie zu weit. Aber, abgesehen von dieser Differenz der Anschauungen, hätte auch die Frage der militärischen Disziplin, die mit der Inventuraufnahme verknüpft wurde, Rouviers Sturz herbeiführen können. Die Gehorsamsverweigerung durch klerikale Offiziere stand ohnehin auf der öffentlichen Tagesordnung und namentlich die gemäßigten Blätter sind eifrig bemüht, den Nachweis dafür zu erbringen, daß von einer Gehorsamsverweigerung im militärischen Sinne bei den drei Offizieren von Saint-Servan nicht die Rede sein könne, da diese nicht ihrem Vorgesetzten, dem General Davignon, sondern nur dem Unterpräfekten nicht gehorchten, als dieser von ihnen verlangte, sie sollten den Steuerbeamten Eintritt in die verrammelte Kirche verschaffen. Eine derartige Gehorsamsverweigerung könnte demnach nicht nach dem Militärstrafgesetzbuch mit der Absetzung, sondern höchstens mit Gefängnis von einem bis zu drei Monaten bestraft werden. Dieser Ausweg trug gerade nicht dazu bei, die Republikaner zu beschwichtigen, und Senator Clemenceau griff wieder einmal zu seiner spitzen Feder, um in der „Aurore“ diese Zwischenfälle zu erörtern. So war die Stimmung der Deputierten ohnehin schon sehr gereizt und die Sucht Rouviers, es beiden Parteien recht zu machen, führte schließlich dahin, daß die Unzufriedenen aus allen Lagern gestern in dem Bestreben, der Sache jedenfalls ein Ende zu machen, sich einig zusammensanden und Rouvier stürzten.

(Telegramme.)

* Paris, 7. März. Deputiertenkammer. Plichon interpelliert wegen des blutigen Zwischenfalls bei der Inventuraufnahme in Boeschépe. Guyeffe wünscht zu wissen, ob die Regierung vor einem fremden Souverän kapitulieren werde; die Katholiken befolgen nur aus Rom kommende Anweisungen. Briand, Berichterstatter des Trennungsgesetzes, erklärt unter großem Lärm des Hauses, daß die Opposition seinerzeit die Inventuraufnahme verlangt habe. Venure fordert die Regierung auf, festzustellen, wer für den Mord in Boeschépe verantwortlich sei. Der Minister des Innern erwidert: Nichts ließ das Unglück in Boeschépe vorhersehen. Um den Beamten zu retten, der bei der Inventuraufnahme hart bedrängt und verwundet wurde, gaben sein Sohn und der Gendarm Revolvergeschosse ab; wer an dem tobringenden Schuß schuld ist, ist unbekannt. Die Regierung werde mit verdoppelter Besonnenheit vorgehen; die Ausfolge von Kirchenvermögen könne aber nicht er-

folgen, ehe das Inventar nicht festgestellt sei. Ribot gibt dies zu, die Regierung hätte aber die Durchführung der weltlichen Verwaltung abwarten sollen. Lerolle sagt, die Regierung habe ungeschicklich gehandelt, indem sie die Kirchentüren einschlagen und ehrenwerte Leute verhaften ließ.

Im weiteren Verlauf der Debatte beriet die Kammer über eine Interpellation wegen der Kircheninventuraufnahmen. Die von der Regierung angenommene Tagesordnung Peret, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgedrückt und die Erklärungen der Regierung gebilligt werden, wurde mit 267 gegen 234 Stimmen abgelehnt. Rouvier erklärte darauf, die Regierung habe an der Verhandlung kein Interesse mehr und verließ den Saal, gefolgt von den übrigen Ministern.

* Paris, 8. März. Ministerpräsident Rouvier überreichte dem Präsidenten Fallières die Demission des Kabinetts. Fallières nahm sie an, bat die Minister, zur Erledigung der laufenden Geschäfte einzuweisen im Amt zu bleiben. Fallières wird morgen mit den Präsidenten des Senats und der Kammer Besprechungen haben. — Wie versichert wird, soll der Kabinettswechsel auf die auswärtige Politik keinen Einfluß haben.

* Paris, 7. März. Obgleich die Stellung des Kabinetts schon seit einiger Zeit als erschüttert galt, rief sein Sturz in Kammerkreisen gleichwohl lebhaftes Ueberraschung hervor, umso mehr, als kurz vorher die Ausschreibung der Rede des Ministers des Innern, Dubief, beschlossen worden war. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten in der inneren und der äußeren Politik glaubt man, daß die Lösung der Krise ziemlich langwierig sein wird. Die Abstimmung selbst bietet keinen Anhaltspunkt für die künftige Kabinettsbildung, da die Mehrheit bunt, aus Ultraradikalen, Sozialisten, gemäßigten Republikanern, Konservativen und Nationalisten zusammengesetzt ist. Man spricht von Millerand als event. Ministerpräsidenten. Derselbe würde Rouvier ersuchen, das Portefeuille des Außen zu behalten.

* Paris, 8. März. Der Ministerrat war sich in seiner heutigen Sitzung darin einig, daß das Ministerium durch die Frage der Inventuraufnahme gestürzt sei, und daß ihm nur noch die Erledigung der laufenden Arbeiten zustehe; er kam ferner überein, die Inventuraufnahme bis zur Bildung eines neuen Kabinetts auszuschieben. Ein noch heftigerer Punkt als diese hervorgerufene Krise ist die Konferenz in Algiras, da Rouvier niemand Mitteilung von seinen Absichten gemacht hat. Man kann aber annehmen, daß er bis zur Ernennung seines Nachfolgers die Politik in dem Sinn weiterleiten wird, den er in der Kammer bisher entwickelt und den diese mit beträchtlicher Mehrheit gebilligt hat. Ebenso werden die Anweisungen, die Rouvier dem französischen Delegierten in Algiras, Revoil, erteilt hat, weiter in Kraft bleiben. Ein derartiges internes Ereignis kann die Lage der auswärtigen Politik nicht beeinflussen, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß, falls Verwicklungen in Algiras eintreten sollten, Rouvier vermeiden wird, Verbindlichkeiten einzugehen, die die Handlungsfreiheit seines Nachfolgers beschränken könnten.

* Paris, 8. März. Ueber die Ursachen des Sturzes des Kabinetts wird mitgeteilt, daß Ribot im Laufe des Nachmittags mit Rouvier und Etienne eine Unterredung gehabt hat, worin er die Regierung ersuchte, der gemäßigten Partei einige kleine Zugeständnisse zu machen und bald zu erklären, daß die Inventuraufnahme vertagt werden solle, bis in der Bevölkerung eine gewisse Beruhigung eingetreten sei. Rouvier erwiderte, daß er dem Wunsch nicht nachkommen könne. Ribot erklärte darauf, mit seinem Anhang gegen das Ministerium stimmen zu müssen. Einmütig wird festgestellt, daß der Sturz des Kabinetts durchaus verblüffend kam und das Ergebnis einer Koalition der Radikalen und Sozialisten mit den Gemäßigten und Reaktionsären war. — Außer Millerand werden noch Bonicard und Bourgeois von Ultraradikalen genannt. — Auch die die gesamte Presse gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Krise sehr schwierig sein werde, da die Verfahrenheit und die Verantwortung der Abstimmung nicht den geringsten Fingerzeig gebe. Bedenklich sei namentlich die Tatsache, daß der Anschlag der Rede eines Ministers beschlossen wurde, der wenige Stunden später seine Demission gab. Ein solches Vorkommnis steht in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs einzig da.

* Paris, 7. März. Nach Befragung der Abstimmung erklärte Rouvier, um den sich alles drängte, er hätte den Wunsch gehabt, seine Aufgabe zu Ende zu führen, aber durch diese Abstimmung nehme ihm die Mehrheit der Kammer eine Last ab, die ihn zu erdrücken begünne. Wenn ich meine Absichten schärfer betont hätte, so hätte ich, fuhr Rouvier fort,

250 Stimmen erhalten können; aber man wünscht nicht, daß das Kabinett während der Wahlperiode im Amt bleibt. Der Kampf hätte morgen neu begonnen und darum war es besser, ihm gleich ein Ende zu machen. Was die Frage in Algiras anbetrifft, so hoffe ich, meinen Nachfolger eine günstigere Lage hinterlassen zu können als ich sie selbst vorgefunden habe.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 7. März.

Abg. Potthoff (Sozp. der freil. Bgg.) (fortfahrend) führt bei Begründung des Antrag auf völlige soziale und rechtliche Gleichstellung der technischen Angestellten mit den Handlungsgehilfen aus: Mißbräuche bei der Anwendung der Konkurrenzklausel den technischen Angestellten gegenüber müßten beseitigt werden. Redner führt Verträge an, in denen Angestellten eine Karenzzeit bis zu 20 Jahren für Europa und Amerika auferlegt wurde. Die Konventionalstrafen seien geradezu lächerlich hoch im Hinblick auf die Gehälter.

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt: Die Reichsjustizverwaltung begleitet die Bestrebungen der in Rede stehenden Materie mit durchaus warmer Sympathie. Was die Auslegung des § 63 des Handelsgesetzbuches betrifft, so betone ich, der Richter soll ein Gesetz nicht nach dem Buchstaben, aber auch nicht gegen den Buchstaben auslegen. Der Richter soll nach dem Sinne des Gesetzes und nicht nach dem Grundsatz „cui bono“ entscheiden. Nach dem Sinne des Gesetzes ist die Bestimmung des § 63 nur ein dispositives Recht.

Abg. Raden (Zentr.) betont die Notwendigkeit, ein zwingendes Recht zu schaffen und beantragt Ueberweisung der ganzen Materie an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Singer (Soz.) will der Kommissionsberatung nicht widersprechen. Das Maß der Ausbeutung der technischen Angestellten sei voll zum Ueberlaufen.

Abg. Mallevic (konj.) erklärt, auch seine Partei sei bereit, die Interessen der technischen Angestellten zu fördern, soweit dadurch nicht die berechtigten Interessen der Arbeitgeber beeinträchtigt würden.

Abg. Träger (freil. Bp.) regt an, die Anträge nicht einer neuen Kommission zuzuweisen, sondern derjenigen, die die Novelle zur Gewerbeordnung (Handwerkerfragen) berate.

Abg. Schad (wirtsch. Bgg.) spricht seine freundliche Zustimmung zu den Anträgen aus.

Staatssekretär Dr. Nieberding konstatiert bezüglich einer Bemerkung des Vorredners, daß die Mehrheit der damaligen Reichstagskommission beschlossen hatte, Absatz 1 des § 63 solle kein zwingendes Recht sein, und daß der Reichstag durch seine damalige Abstimmung der Ansicht der Kommission beigetreten sei. Das Gegenteil müsse erst bewiesen werden.

Nachdem noch Abg. Dove (freil. Bgg.) gesprochen hatte, wurden die drei besprochenen Gegenstände einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Darauf verlagte sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der Etatberatung. — Schluß 5¼ Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 8. März.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Kräfte. Es folgt Fortsetzung der Beratung des Postetats. Es liegen dazu die von den Abgg. Kopitz und Müller-Sagan eingebrachten Resolutionen vor.

Abg. Hug (Zentr.) empfiehlt eine Petition der Konstanzer Handelskammer über die Paketbeförderung dem Staatssekretär zur wohlwollenden Berücksichtigung, größere Gleichmäßigkeit der Bestimmungen, in welcher Zeit die Beamten zur definitiven Anstellung gelangen. Am meisten litt darunter die Postinspektoren infolge der Wirkung des Dienstaltersstufensystems. Hier müsse Wandel geschaffen werden.

Abg. Eichhoff (freil. Volksp.) befragt die von seinen Parteifreunden eingebrachten Resolutionen und erklärt seine Zustimmung zu den von den Abgg. Ratzig und Kern eingebrachten Resolutionen. Redner wünscht dann Einführung einer einheitlichen Gehaltskala für mittlere Beamte und bezeichnet es als ungerechtfertigt, den zu Postdirektoren ernannten Beamten jedes weitere Advancement abzuschneiden und fragt, ob für die Besetzung gehobener Stellen feste Normen beständen. (Während dieser Ausführungen erscheint in der Diplomatenloge die hier eingetroffene chinesische Kommission für das Studium europäischer staatlicher Einrichtungen.)

Im Laufe der Debatte wünscht Abg. Duffner bei der Besetzung von Stellen in Baden Berücksichtigung der badischen Landesangehörigen. Ferner sollten die Materialien für den Postdienst in Baden zunächst aus Baden bezogen werden, wenn auch die Preise in Baden etwas höher sein sollten, als die der norddeutschen Konkurrenz.

Staatssekretär Kräfte erklärt, bei der Auswahl des höheren Personals sei nur die Qualität maßgebend. Früher waren beide Oberpostdirektoren von Baden Bade-

ner. Es wäre sehr traurig, wenn wir bei Besetzungen Rücksicht auf Herkunft oder Personen nehmen wollten. Im Badischen Landtag sei regierungsfreudig anerkannt worden, daß die Reichspostverwaltung durchaus loyal verfare. Die Verwaltung lege Wert darauf, tunsich am Orte selbst das Material zu kaufen. Der Staatssekretär gibt dann auf Grund der Affen Auskunft über Lieferungen von Materialien aus Baden nach nichtbadischen Bezirken, darunter sind Posten von 100—700 000 M. Was das Gesamteinkommen plus Wohnungsgeldzuschuß betreffe, so seien die Beamten in Baden durchschnittlich besser daran.

* Berlin, 8. März. Die Steuerkommission des Reichstags fehte die Beratung der Erbschaftsteuer fort und nahm mit 13 gegen 12 Stimmen den § 50 nach dem Antrag Jehnhoff an, wonach die Steuer, falls ihre sofortige Einziehung mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden ist, gestundet werden kann, ferner die Abführung in Jahressteilbeiträgen bis zu 10 Jahren gestattet werden muß, wenn der Nachlaß in Grundeigentum besteht und der Verpflichtete solches beantragt und ausreichende Sicherheit leistet. Staatssekretär v. Stengel erklärte, der Beschluß werde in der zweiten Lesung nicht aufrecht erhalten werden können. Auf Anregung Rheinbahrens beantragt Jehnhoff, daß über die Frage, ob die Stundung geschehen soll, die Steuerbehörden endgültig zu entscheiden haben. Der Antrag wurde genehmigt. Zu § 61 wurde auf Antrag Jehnhoff beschlossen, daß Gegenstände beweglicher Gegenstände bis zum Werte von 300 M. an Verwandte zu deren persönlichem Gebrauch von der Steuer befreit bleiben. Damit ist die erste Lesung erledigt.

Der badische Landesausschuß des Deutschen Flottenvereins.

trat vor einigen Tagen im Palais seines Ehrenvorsitzenden, Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl, zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Seine Großherzogliche Hoheit empfing vor Beginn der Sitzung die zahlreich aus dem Lande erschienenen Mitglieder des Landesausschusses und begab sich hierauf in eine Sitzung der Budgetkommission der Ersten Kammer. Herr Schloßhauptmann und Kammerherr v. Stabel, der erste Vorsitzende des Landesausschusses, gedachte in sehr warmherzigen Worten vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst der im letzten Jahre dahingegangenen Mitglieder des Ausschusses, Ministerialdirektor Heil und Geheimrat Kommerzienrat Scipio Mannheim, zu deren Andenken sich die Versammelten erhoben. Nach dem Lob von Herrn Schloßhauptmann von Stabel vorgetragenen Jahresbericht des Vorstandes des Landesausschusses für das Jahr 1905 stieg in demselben die Zahl der Einzelmitglieder von 6089 auf 6740, also um 651, diejenige der korporativen Mitglieder von 37 auf 52, also um 15. In den Orten Bommendorf, Donaueschingen, Emmendingen, Oberkirch, Forstheim und Singen schlossen sich die dortigen Mitglieder zu Ortsvereinen zusammen, so daß somit jetzt 30 vorhanden sind. Den größten Zuwachs brachte abermals Freiburg, welche Stadt nunmehr an der Spitze des Landesverbandes mit 838 Einzel- und korporativen Mitgliedern steht. In Wehr und Schiltach, woselbst der Flottenverein noch nicht vertreten war, wurden jetzt ebenfalls Mitglieder genommen. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen belaufen sich auf 11 279 M., somit 561 Mark mehr als im Vorjahre. Die Aufgabe, welche sich der Deutsche Flottenverein gestellt hat, besteht in der Verbreitung der Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken Kriegsmarine. Wer daher zur Ausbreitung des Deutschen Flottenvereins helfe, der fördere diese Erkenntnis und wer dem Deutschen Flottenverein als Mitglied beitrete, übernehme die Verpflichtung, für die Vergrößerung des Vereins und für die Förderung seiner Ziele zu arbeiten. Die Ueberzeugung, daß Deutschland einer erheblichen Vermehrung seiner Flotte bedarf, wenn es seine Weltmachtstellung behaupten, wenn es seinen Handel über See schützen, wenn es sich den Frieden erhalten will, ist zielbewußt in die breiten Schichten der Bevölkerung getragen worden. Auch in die heranwachsende Jugend ist das Samenorn gelegt, das hoffentlich reiche Früchte tragen wird. Viel Arbeit steht noch bevor, doch sie wird nicht abschrecken, dem großen Ziele zuzustreben. Beweis für diese emsige und erfolgreiche Tätigkeit im Flottenverein ist das Anwachsen der Zahl der Mitglieder auf 700 000 Personen, dasjenige der Untergruppen und Vertrauensmänner auf 4075. Von dem Kuratorium des Flottenvereins wurden 11 892 M. ausbezahlt, darunter 60 M. an einen bedürftigen Chinaträger in Baden. Auch für die

Seemobilitätspflege sind bedeutende Beträge aufgewendet worden. Das Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften in Wilhelmshaven erhielt 15 000 M., der Deutsche Seemannsbund 10 800 M., die Deutsche Seemannsmission in Großbritannien 2000 M. usw. Im ganzen wurden 30 400 M. für diese Zwecke gespendet. Die Zahl der Vorträge und Vorführungen, welche der badische Landesausschuß veranstaltete, ist eine erhebliche. In Karlsruhe sprachen die Herren Dr. Wegener und Generalleutnant Hornan, in Mannheim ebenfalls der letztere, sodann hielt Herr Hofrevisor Reander 18 Vorträge, und zwar in Mosbach, Forstheim, Emmendingen, Lahr, Oberkirch, Badenweiler, Neustadt, Säckingen, St. Blasien, Waldshut, Singen, Donaueschingen, Konstantz, Meersburg, Bommendorf, Hohenheim, Kehl und Wertheim. Außerdem fanden kinematographische Vorführungen statt in Wehrkirch, Heberlingen, Thieningen, Säckingen, Badenweiler, Bommendorf, Freiburg, Lahr, Offenburg, Bretten, Waldshut, Eberbach, Mosbach, Pfaffstätt, Schwetzingen, Forstheim und Konstantz. Diese Veranstaltungen, insbesondere der Vortrag des Herrn Generalleutnant Hornan in Karlsruhe, waren gut besucht. Auch von einigen Bezirks- und Ortsvereinen wurden Vorträge veranstaltet; so sprachen in Lahr die Herren Oberst Bawel und Handelskammersekretär Siller usw. Auf Anregung Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin hatte der Marine-Feuerwerks-Oberleutnant Kraus in 16 Vorträgen den Schülern der hiesigen Mittelschulen das im Kunitzgebäude aufgestellte Modell des Linienkriegsschiffes „Zähringen“ erklärt. Anfang August veranstaltete der Landesausschuß die sechste Schülerversammlung nach Kiel, an der eine erheblich größere Zahl von Lehrern und Schülern — 234 an der Zahl von 17 Mittelschulen — teilnahmen, und es wurde möglich durch Einschaltung eines Aufenthaltes in Hamburg längst begehrten Wünschen entgegen zu kommen. Wir glauben noch erwähnen zu sollen, daß das Verhalten der diesmal in so erheblicher Zahl nach Kiel gewanderten Schüler ein musterhaftes war. Erklärte doch der zur Führung derselben beauftragte Kapitänleutnant Jacobs, welcher schon vor deren Antritt nicht weniger als 2700 Schüler unterwiesen hatte, „daß er in jeder Weise mit der Haltung unserer badischen Schüler zufrieden gewesen sei, wie kaum je mit solchen aus anderen deutschen Landesteilen“. In der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins zu Stuttgart wurde seitens des Präsidiums hervorgehoben, daß die erste Anregung zu den Schülerbesuchsfahrten von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden ausgegangen sei, und daß diese Anregung überall in Deutschland freudigen Widerhall gefunden habe, so daß jetzt alljährlich Tausende von Jungen zur See zögen. — Die Tagung in Stuttgart nahm einen Verlauf, der alle Freunde des Deutschen Flottenvereins mit höchster Befriedigung erfüllen mußte. Für das künftige Wirken des Flottenvereins wurde die von dem Präsidenten vorgelegene Resolution als Richtschnur einstimmig angenommen. Der Verein wird daher die seitens der Verbündeten Regierungen angeforderte und teilweise schon im Jahre 1899 geforderte Verstärkung unserer Flotte um große Kreuzer und Torpedobootdivisionen nach bestem Können unterstützen. Dabei gibt derselbe dem Wunsche Ausdruck, daß der Ertrag der minderwertigen Schiffe, welche nach dem Flottengesetze von 1900 noch zu den Linienkriegsschiffen zählen, durch wertvolle Schiffschiffe möglichst rasch erfolge. Unter der Einwirkung der aufblühenden Tätigkeit des Flottenvereins wird die Bedeutung der Flotte für die politische Macht und das nationale Erwerbsleben immer mehr erkannt und ebenso, daß die Aufgaben der Weltpolitik zu lösen zum Teil erst der Zukunft vorbehalten ist, für die Sicherheit aber der Gegenwart, jeder Augenblick zu sorgen hat.

In der Erörterung über die Maßnahmen der Agitation der badischen Abteilung des Flottenvereins stimmte der Landesausschuß, nach einer Erörterung, an der sich außer dem Vorsitzenden die Herren Chefredakteur Kasz-Karlstraße, Dr. Miller-Lahr und Geh. Kommerzienrat Reif-Mannheim beteiligten, der Ansicht des Vorstandes zu, daß der tunsichste rasche Erfolg der minderwertigen Schiffe wünschenswert sei; er ist aber auch der Ansicht, daß die Reichsregierung alles von der Volkvertretung fordere, was die Rücksichten auf Politik, Parteien und Finanzen zulässig erscheinen lassen. Der vom Geschäftsführer des badischen Landesausschusses, Herrn Oberrechnungsrat Kirsch, vorgetragene Geschäftsbericht gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Die Versammlung gab ihrem Danke für die sorgsame Geschäftsführung und Kasienführung Ausdruck. Bei den hierauf vorgenommenen Erwahlsverfahren für die durch Tod ausgeschiedenen Herren Heil und Scipio wurden die Herren Regierungsrat Scipio Mannheim und Oberlehrer Guggel-Freiburg in den Landesausschuß entsandt und der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus den Herren Schloßhauptmann v. Stabel, Oberst a. D. und Kammerherr Röder v. Diersburg, Oberrechnungsrat und Hauptmann v. L. Kirsch und Chefredakteur Kasz aufs neue gewählt. — Besonderen Dank um die Förderung der badischen Abteilung des Flottenvereins hat sich auch im vergangenen Jahre Herr v. Stabel erworben, der mit rastlosem Eifer und hingebungsvoller Ausdauer die mitunter recht schwierigen Geschäfte des Landesausschusses leitete. Möge das neue Geschäftsjahr dem vaterländischen Verein neue zahlreiche Freunde zuführen.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht in Oesterreich. (Telegramme.)

* Wien, 8. März. Das Abgeordnetenhaus begann gestern die erste Lesung der Wahlreformvorlage. Der Minister des Innern betonte, die Regierung habe sich durch die Schwierigkeiten nicht von dem Wege abhalten lassen, den zu betreten sie im Interesse der Gesundung des Parlamentes für notwendig gehalten habe. Das Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts finde tatsächlich bei der Mehrzahl der Parteien keine Einwendungen, wogegen namentlich die Wahlkreiseinteilung, sowie die Mandatsverteilung um so heftigeren Widerspruch begegne. Bezüglich der Wahlkreiseinteilung hebt der Minister hervor, daß zum Schutze des nationalen Bestandes nach Tunsichkeit das Prinzip der nationalen Abgrenzung angewendet würde, so daß Tunsichheit der nationalen Bestände ausschließliche auf der Summe der nationalen Wählerkraft beruhen werde, unabhängig von Kompromissen und Wahlschwierigkeiten. Dies würde immerhin ein nicht zu unterschätzender Vorteil sein. Was die Mandatsverteilung anlangt, so halte die Regierung daran fest, daß keinem Lande weniger Mandate zugewiesen werden, als es bisher hatte. Der Minister tritt dem Vorwurfe der deutschen Parteien entgegen, als ob die Regierung parteipolitischen Interessen geleitet gewesen wäre. Die Regierung sei sich wohl bewußt, daß das Deutschtum in Oesterreich zu den ersten Kulturträgern und zu den staatsverhaltenden Faktoren gehöre, die von jeder Regierung beachtet werden müssen. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Vermehrung der slavischen Mandate sei das natürliche ziffermäßige Ergebnis aus der Anwendung der entwickelten Grundzüge. Redner betont den großen Vorzug, der darin besteht, daß nunmehr ein einheitliches Wahlrecht geschaffen werde. Schließlich spricht der Minister die Hoffnung und die Erwartung aus, daß aus der Uebereinstimmung in den Ansichten des Hauses ein modernes Wahlrecht hervorgehen werde, das gleiche und allgemeine Wahlrecht, das zum Wohle und zum Frieden Oesterreichs führen werde. Das Prinzip der Reform sei ein gerechtes. Die Gerechtigkeit habe sich immer noch als die stärkste Kammer des Reiches und als die feste Stütze seiner Macht bewiesen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. v. Grabmayr (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) bekennt sich als ehrlicher Anhänger des direkten, geheimen und allgemeinen, aber als Gegner des gleichen Wahlrechts, weil dieses in unbilliger Weise den politischen Einfluß der gebildeten und besitzenden Schichten zurückdränge. Die Grundzüge der Regierung würden zur Stärkung der slavischen Parteien führen. Oesterreich könne jedoch nur bestehen, wenn die Deutschen ihre ihnen wirtschaftspolitisch gebührende führende Stellung behaupteten. Nicht auf dem Boden des gleichen Stimmrechts, sondern auf demjenigen der nationalen Verständigung könne eine Aufrichtung des Parlamentarismus erfolgen. Der Redner erklärt: So leicht er sich mit der Aufhebung des Sonderwahlrechts des Großgrundbesitzes und der Handelskammern abfinde, so zäh und nachdrücklich werde er dafür eintreten, daß die neue Wahlordnung der historischen Stellung der Deutschen gerecht werde. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Schlägel (Zentr.) verweist auf den Standpunkt seiner Partei, welche wohl für das allgemeine, aber nicht für das gleiche Wahlrecht sei, und tritt für das Pluralvotum, sowie für die allgemeine Wahlpflicht ein. Schließlich bringt er einen Antrag auf eine radikale Umänderung der bestehenden Geschäftsordnung ein.

Abg. Nobie (Slawischer Verband) erklärt, jede Partei sei im Prinzip für die Wahlreform. Er müsse sich jedoch über die ungedachte Behandlung der Slowenen in Steiermark und Kärnten beklagen. Das Wahlrecht müsse für alle Völker gleich sein und es dürften keine neuen Privilegien geschaffen werden. (Beifall bei den Slowenen.) Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Die Marokko-Konferenz. (Telegramme.)

* Algier, 8. März. Von vielen wird angenommen, die heutige Sitzung der Konferenz werde einen endgültigen Charakter haben, ohne indessen die letzte zu sein. Man nimmt allgemein an, daß, wenn eine Einigung als unmöglich erkannt werden sollte, am Samstag eine Sitzung zur Aufnahme des Vertagungsprotokolls stattfinden wird. Diese Eventualität ist indessen sehr unwahrscheinlich. Die Bemühungen zur Herbeiführung einer Einigung werden noch fortauern, obgleich die deutschen Vertreter keine Absicht kundgeben, den französischen Interessen die

Philosophische Komödien.

Zur Erbauung des Harlan'schen Schwantes „Zahrmarkt in Pulsnis“ im Großh. Hoftheater am 9. März.

Walter Harlan hat seinem Lustspiel den seltsamen Nebentitel beigegeben: ein dionysischer Schwant. Man könnte erwarten, daß in dem Stück das „Dionysische“, der tolle Drang und Ueberchwang des Lebens, Triumphe feiert. Und doch ist in gewissem Sinne das gerade Gegenteil der Fall. Der Untertitel hat einen leise ironischen Nebenlang. Das Dionysieum erhält eine herbe Lehre und humoristische Abfertigung.

Wer diesem feinsten Sinn des Stückes nachspüren will (eine Voraussetzung des rein ästhetischen Genießens ist das nicht!) der findet den besten Schlüssel in den Widmungsworten, welche der Autor an Eduard v. Hartmann gerichtet hat. Sie lauten: „Verehrter Herr Doktor! Nach einem fleißigen Studium Ihrer „Phänomenologie des sittlichen Bewußtseins“ habe ich auf die Art eines Schwantendichters versucht, die Erlösung von der Glückseligkeit durch die Erkenntnis: — Gott sein ist Arbeiten — in der Seele eines Rentners und unbedolenden Stadtrats zu Pulsnis in Sachen zu gestalten. In unvergänglicher Dankbarkeit Walter Harlan.“

Es ist hier nicht der Ort, auf den Inhalt des Werkes, welchem der Autor nach seinem eigenen Verständnis so entscheidende Anregungen verdankt, näher einzugehen. Es ist eine der bedeutendsten Arbeiten des großen Philosophen, dessen ungeheure Vielseitigkeit und systembildende Kraft gerade in unseren Tagen langsam zu der verdienten Würdigung durchzuführen scheint. Wir haben in der „Phänomenologie des sittlichen Bewußtseins“ vielleicht den großartigen Versuch, mit den verschiedensten moralbegründenden Standpunkten auf Grund einer entwicklungs-geschichtlichen Darstellung abzurufen. Bei der Darstellung seiner eigenen Ethik geht Hartmann von seiner pessimistischen Grundansicht aus, daß die Welt zwar die beste unter allen möglichen, aber doch noch so schlecht ist, daß ihr Nichtsein ihrem Sein vorzuziehen wäre. Das ganze Ziel des Weltprozesses ist die Erhöhung des Willens aus der Unseligkeit des Seins. Die unbewußte objektive Vernunft, welche den Weltprozeß regiert,

wendet die verschiedensten Mittel an, um den Menschen dem schließlichen Zwecke alles Werdens gefügig zu machen. So umfängt sie ihn mit der Illusion, als sei sein eigenes Glück das Ziel seines Lebens. Aber nach erlangter philosophischer Besonnenheit durchschaut der Mensch das Illusorische dieses egoistischen Glückstrebens. Er weiß, daß in der Bilanz des Lebens das Unlutaquantum in jedem Falle überwiegt, und daß jede Befriedigung leer und scheinbar ist, weil der ruhelose Wille sich sofort nach einem anderen Objekte des Begehrens wendet. Nur in der bemühten Hingabe an das Leben und seine Schmerzen, in produktiver selbstverleugender Tätigkeit vermag der Mensch im Dienste der Weltlösung zu wirken. „Gott sein ist Arbeiten“, doch alles „Dionysieum“ führt schließlich zu innerer Verarmung und Erlosung.

So etwa ist der philosophische Kern des Hartmannschen Wertes und des Harlan'schen Schwantes befaßt. Dennoch wäre nichts irriger, als die Annahme, als ob es sich bei Harlan um dramatische Philosophie, um eine Art Vortragsform in Dialogform handle. Harlan selber erklärt, er habe versucht, die erlösende Wahrheit „nach Art eines Schwantendichters“ zu gestalten. Was ist damit gesagt?

Man muß, um über den Begriff einer philosophischen Komödie klar zu werden, eine sehr deutliche Grenzlinie ziehen. Jedes echte Dichterverk birgt ohne weiteres philosophischen Gehalt, denn es arbeitet einen Ausschnitt des Lebens so deutlich und einprägsam heraus, daß nicht nur der an sich gleichgültige Einzelmann, sondern auch seine typische und dauernde Bedeutung sichtbar wird. Speziell das Lustspiel erschöpft sich nicht darin, dies oder jenes komische Geschehnis nachzubilden; es ist allemal gleichsam unbewußt symbolisch. Die große Komödie des Lebens selber mit ihrer Wirrnis von Trieben, Wünschen, Sehnsüchten und Entbehrungen spiegelt sich darin. Es gibt wohl kaum ein Lustspiel des Aristophanes oder Moliere oder Schopenhauer, aus dem nicht irgend eine Grundwahrheit von allgemeiner Bedeutung zu ziehen wäre. Aber — und das ist das Entscheidende! — man braucht kein philosophisches System zu studieren, um etwa Moliere genießen zu können. Daneben freilich kennt die Weltliteratur eine große Schar von Werken, die in der bewußten Absicht geschaffen sind, eine

philosophische Lehre zu illustrieren oder satirisch zu beleuchten. Jemand ein abstrakter Satz ist zuerst das; das Kunstwerk ist, streng genommen, nur Mittel zu dem Zweck, ihn anschaulich zu machen. In solchen Fällen ist es natürlich unerlässlich, diese Voraussetzungen zu kennen, wenn man das Kunstwerk würdigen will. Wer etwa die Fülle allegorischer und ähnlicher Beziehungen, welche in Dantes Inferno oder den zweiten Teil von Goethes Faust „hineingeheimigt“ sind, nicht orientiert ist, dem werden weite Strecken dieser Dichtungen ungenießbar sein. Oder — um aufs Geratewohl zwei moderne Werke zu nennen — wer sich bei Willbrandts „Meister von Palmira“ oder Hauptmanns „Und Pippa tanzt“ die philosophische Grundidee und die symbolische Nebenbedeutung der Figuren und Geschehnisse nicht klar gemacht hat, dem muß das Ganze nur eine mehr oder minder verworrene Folge farbiger Wandelbilder bleiben. Man kann nicht absehen von diesem „Hintergrund“, ohne daß dadurch die Dichtung ihres eigentlichen Wertes beraubt und unverständlich wird.

So scheiden sich also alle Dichtungen eigentlich in zwei große Gruppen. Es sind, trivial ausgedrückt, solche, die eines Kommentars bedürfen, und solche, die ohne weiteres verständlich sind. Es sei nachdrücklich hervorgehoben, daß Harlan's Lustspiel aus der zweiten Gruppe gehört. Es hat freilich einen tieferen Sinn, aber es kann auch ohne jeden Hintergedanken, lediglich als amüsanter Schwant, genossen werden. Es ist eine philosophische Komödie, aber man bedarf keiner philosophischen Kenntnisse, um sie zu verstehen.

Es ist daher vollkommen richtig, wenn Harlan sagt, daß er die Erkenntnis, welche er der Hartmann'schen Ethik verdankte, „nach Art eines Schwantendichters“ gestaltet habe. Wie groß ist scheinbar die (in Harlan's Widmung absichtlich betonte) Distanz zwischen den weltanschaulichen Problemen, die in den Werken der großen Denker verhandelt werden, und den Schicksalen eines Rentners und Stadtrats in einer fasslichen Kleinstadt! Aber die Komödie zeigt — und darin liegt das eigentliche Wesen des Humoristischen —, wie hier und dort, nur in gleichender Gülle, das Ewig-Menschliche erleuchtet. Es ist die gleiche Liebesmacht, welche hier Romeo und Julia's tragisches Geschick besiegelt und dort die Köchin ihren Dragoon

geringste Konzession zu machen. Man spricht von einem vermittelnden Vorschlag, der von Oesterreich eingebracht werden würde. Es ist nötig, diese Gerüchte mit Vorbehalt aufzunehmen, nicht weil sie unwahrscheinlich sind, sondern weil niemand, nicht einmal die Delegierten, wissen, was in der heutigen Sitzung eingebracht werden wird. Man muß sich begnügen, die Lage folgendermaßen zusammenzufassen: Wir sind der Entscheidung nahe. Vielfach hofft man, daß sie gut sein werde. Man kann sogar sagen, daß die Hoffnung auf eine glückliche Lösung auf verschiedenen Seiten wieder erwacht. Graf Lattenbach sagte gestern einem Vertreter der Agence Havas: Die Preßpolemiken richten viel Unheil an und verzögern die Lösung. Ohne die Presse würden wir zu dieser Lösung in 14 Tagen gekommen sein. Warum lassen sich die Blätter nicht ruhig arbeiten? Ich richte diesen Appell an die Presse ohne Erläuterung, indem ich mich darauf beschränke, zu betonen, daß der Augenblick ein hochbedeutender ist und daß die Zurückhaltung und die Diskretion der Presse nicht nur den deutschen, sondern auch den übrigen Delegierten angenehm sein wird.

*** Algiras, 8. März.** Die französische Abordnung bereitet einen Entwurf, betreffend die Polizeifrage, vor, welcher heute abend zur Verteilung kommt. Der Entwurf enthält fünf Paragraphen, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Um dem Wunsch des Sultans zu entsprechen und die Sicherheit in den acht dem Handel geöffneten Häfen herzustellen, wird die Polizeitruppe geschaffen werden, die aus Marokkanern unter Leitung französischer und spanischer Instrukteure, die sich mit der Ausbildung dieser Truppe zu beschäftigen haben, bestehen wird. Die hierfür nötige Summe wird von der Staatsbank vorgestreckt. Die Zahl der Truppe wird nicht mehr als 2500 und nicht weniger als 2000 Mann betragen. Die Verteilung in den Häfen wird derartig vorgenommen werden, daß man je 200 bis 500 Mann dorthin legen wird. Der französische Polizeientwurf sieht nur eine dreijährige Dauer vor. Die Höchstzahl der französischen und spanischen Offiziere wird 16, diejenige der Unteroffiziere 32 Mann betragen. Man hält es für wahrscheinlich, daß auch Marokko und Marokko je einen Polizeientwurf vorlegen werden.

*** Paris, 8. März.** Der „Temps“ erklärt, der König von England entzieht sich während seines Aufenthalts in Paris aller Rückschlüsse. Er versichert nur abermals, daß die englische Diplomatie bereit sei, ohne jede Einschränkung für die Verteidigung der französischen Interessen einzutreten.

*** New-York, 8. März.** Das Staatsdepartement erklärte, die Union als solche könne nicht Älteren internationalen Marokkanischen Pakt beifügen, hob aber nochmals hervor, daß die amerikanischen Delegierten instruiert seien, keine Partei zu unterstützen, sondern sich der Abstimmung zu enthalten, wenn sie den Einbruch der Parteinahme machen könnten. Moralisch unterstützt das Staatsdepartement, die alle Erklärungen der Presse befanden, Frankreich, für das auch die Presse geschloffen eintritt.

Großherzogtum Baden.

*** Karlsruhe, 8. März.**

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag halb 11 Uhr mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin den Oberbürgermeister Schneckler, sowie die Bürgermeister Siegrist und Dr. Hortmann, um diesen Vertretern der Residenzstadt Karlsruhe nochmals höchstliche Dankbarkeit auszudrücken für die kundgegebene liebevolle Teilnahme und das treue Mitgefühl bei dem glücklichen Familienereignis der Geburt eines Großneffen.

Darnach empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Präsidenten des Finanzministeriums, Geheimrat Becker, zu längerer Vortragserstattung.

Nach der Frühstückstafel machten die Herrschaften wieder eine gemeinsame Ausfahrt und einen längeren Spaziergang durch die Gärten.

Gegen Abend hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

(Großherzogliches Hoftheater.) In dem am Freitag den 9. d. M. zur Aufführung gelangenden Dionysischen Schwank „Jahrmarkt in Pulsnik“ von Walter Hasler sind beschäftigt: Die Damen Frauendorfer, Genter, Kodeschel und die Herren Dapfer, Heingel, Höder, Kempf und Wassermann.

im Schrank verbergen heißt. Es ist der gleiche romantische Latendrang, der den Kreuzfahrern des Mittelalters unsterblichen Ruhm erwirbt und später in veränderter Zeit den edlen Ritter Don Quixote dem Flude der Lächerlichkeit überliefert. Und es sind die gleichen bewegenden Grundmächte des Geniehumors und fruchtbringender freudiger Arbeit — welche das Schicksal kriegerischer Völker entscheiden, in den Köpfen der Philosophen einen Widerstreit der moralischen Prinzipien entfesseln und in der Seele des vulgären Quisquilanten unter dem Druck wechselnder Schicksale zum heiteren Ausstrag kommen. Von diesem Standpunkte aus gesehen, verliert es eigentlich seinen Sinn, von philosophischen Komödien als einer besonderen Gattung zu reden. Jedes gute Lustspiel, jedes wahrhaft humoristische Werk überhaupt, ist, wie oben schon angedeutet wurde — als solches schon philosophisch, indem es die Verschönerung des Lächerlichen und Erhabenen, die durchgängige Doppelseitigkeit der Dinge dieser Welt, anschaulich aufzeigt. In dieser Hinsicht liegt eine innere Befreiung, und an der Tiefe und Nachhaltigkeit, mit welcher sie diese Befreiung auslöst, läßt sich der wahre Wert eines Lustspiels und die Gesundheit seines Humors am sichersten erkennen.

Dr. Karl Wolff.

— Wieder war es der geistreiche Vertreter der deutschen Bühne, Herr Friedrich Carlén, welche die am Dienstag in Schweden hehrende Jüdin-Aufführung ermöglichte und für den heiser gemeldeten Herrn Remond die Partie des „Cleazar“ rasch übernahm. Der Gast bot eine einheitlich ausgeglichene Leistung. Seine Darstellung war von durchaus überzeugender dramatischer Wirkung, ebenso bewährten sich seine vorzüglichen stimmlichen und gesangsfähigen Eigenschaften während des ganzen Abends aufs tüchtigste und trugen ihm nach der großen Arie im vierten Akt stürmischen Beifall und Hervorruf ein. Von einem eingehenden Bericht der übrigen Rollenbesetzung glauben wir absehen zu dürfen, da die Oper in den letzten Wochen hier gegeben, und über die Aufführung eingehend geschrieben wurde.

(Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe) hielt gestern abend im Eintrachtsaal seine 41. ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberrechnungsrat A. Risch, eröffnete die Versammlung und gab den Rechnungsjahresbericht. Darnach beträgt der Markenumsatz im eigenen Geschäft im Berichtsjahr 1905 2427 420 M., im Lieferantengeschäft 166 408 M. Die Einnahmen im eigenen Geschäft beziffern sich auf 2450 462 M. (gegen 2175 203 M. im Jahr 1904). Der Umsatz betrug im Warengeschäft 1 393 637 M., im Wein-, Spirituosen- und Biergeschäft 587 496 M., im Wädereigeschäft 512 497 M., im Holz- und Kohlegeschäft 376 986 M., im Schuhwarengeschäft 147 831 M. Der durchschnittliche Umsatz pro Mitglied betrug 322 M. gegen 307 M. im Vorjahre. Der Meingewinn beläuft sich auf 250 582 M. Davon sollen 5 Proz. Zinsen auf die Geschäftsausgaben, 9 Proz. Dividende auf den Markenumsatz im eigenen Geschäft und 6 Proz. Dividende im Lieferantengeschäft verteilt werden. Die Geschäftsanteile der Mitglieder haben sich im Laufe des Jahres um 24 628 M. vermehrt. Die Gesamtsumme sämtlicher Mitglieder betrug am 31. Dezember 1904: 509 200 M. Derselbe betrug am 31. Dezember 1905: 544 050 M. und hat sich daher um 34 850 M. vermehrt. Mitglieder zählte der Verein am 1. Januar 1906 7602 gegen 7037 am 1. Januar 1905. Der Vorsitzende kommt nach einer kurzen Uebersicht über den Geschäftsbericht, in dem er besonders das fortschreitende Aufsteigen des Vereins betonte, auf den Neubau der Wäderei zu sprechen, die im Oktober d. J. in Betrieb genommen werden soll. Der Verein wird nach Einrichtung zweier weiterer Verkaufsstellen 21 Verkaufsstellen besitzen. Der Vorsitzende erteilte sodann Herrn Direktor Maucher das Wort, der die Bilanz an Hand des vorliegenden Geschäftsberichts darlegte. Nach längerer Diskussion wurde der Vorschlag der mitgeteilten Dividende einstimmig angenommen. Der folgende Punkt der Tagesordnung: Aufnahme einer 1. und 2. Hypothek auf das neue Grundstück und das darauf zu erbauende Wädereigeschäft und Kelleranlagen fand gleichfalls einstimmige Annahme. In 1. Hypothek werden 330 000 M. und in 2. Hypothek 170 000 M. von der Landesversicherungsanstalt Baden aufgenommen. Erledigung fand ebenso Punkt 3: Bekannmachung des Revisionsberichts des Verbandesvereins. Der Bericht des Verbandesvereins äußert sich sehr anerkennend über die Geschäftsführung. Zum Schluß fand die Wahl des Aufsichtsrats statt.

oc. Mannheim, 8. März. In der alten Zollhalle am Neckarhafen entstand gestern abend Großfeuer. Nachdem sich die Feuerwehre eine Stunde lang vergeblich bemüht hatte, das Feuer zu bewältigen, mußte die freiwillige Feuerwehr alarmiert werden. Das Lager der Grobhandlung in Glas und Porzellan von Beckum und das Lager der Seidenreichschen Mühle wurden fast vollständig verbrannt. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. Der Schaden ist bedeutend.

*** Baden, 8. März. (Telegr.)** Heute nachmittag fand die Beisetzung des früheren Staatssekretärs von Elsaß-Lothringen, Max v. Puttkamer, statt. Unter dem zahlreichen Trauergesolge befanden sich als Vertreter Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs Oberstleutnant v. Olfenandt-Verdholz, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, ferner der Bezirkspräsident von Colmar, Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst, Oberbürgermeister Dr. Gönner und Bürgermeister Piefer.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Kiel, 8. März.** Seine Majestät der Kaiser überwies anlässlich seiner silbernen Hochzeit seinem jedesmaligen Flaggschiff, zurzeit „Kaiser Wilhelm II.“, 15 000 M. als zinstragendes Kapital mit der Bestimmung, die Zinsen für die Unteroffiziere und Mannschaften des Flaggschiffes zu verwenden.

*** Berlin, 8. März.** Der General der Infanterie von Mische, Generaladjutant weiland des Kaisers Friedrich III., ist gestern abend hier gestorben.

*** Dresden, 7. März.** Seine Majestät König Friedrich August brachte gestern bei der Ehren des Königs von Württemberg veranlasseten Galatanzel auf Seine Majestät den König von Württemberg einen Trinkspruch aus, in dem er u. a. betonte, wie wichtig es sei, daß in diesen Tagen politischer Erregung besonders die deutschen Bundesfürsten es bewiesen und betätigten, wie fest und treu ihre Freundschaft zu einander sei. Seine Majestät der König von Württemberg dankte für den freundlichen Empfang in Sachsens Hauptstadt. Daß eine innige und treue Bundesfreundschaft der deutschen Fürsten die feste Würzhaftigkeit sei, daß auch in schwerer Zeit, vor welcher uns Gott bewahren möchte, immer ein fester Hort in den Thronen Deutschlands zu finden sei für Recht, Sitte und Ordnung, sei auch seine volle Ueberzeugung. In treuer Hingebung an das große deutsche Vaterland fühlen wir uns alle geeint.

*** Dresden, 8. März.** Die Erste Kammer verhandelte gestern über die Petition betreffend die Stellung der sächsischen Staatsregierung im Bundesrat zur Frage der Wiedereinführung der Schiffsabgaben auf der Elbe. Die Petition wünscht, daß sämtliche Stimmen im Bundesrat für die Erhaltung der bestehenden, durch die Reichsverfassung und den Staatsvertrag gewährleisteten Abgabenfreiheit, abgegeben werden. Dieser Teil der Petition wird der Regierung einstimmig zur Erwägung überwiesen.

*** Geln, 8. März.** Der Papst hat, lt. Köln. Volksztg., 45 französischen Bischöfen nahegelegt, ihr Amt niederzulegen.

*** Straßburg, 8. März.** Der Gemeinderat in Mühlhausen setzte mit allen sozialdemokratischen gegen 13 bürgerliche Stimmen nach lebhafter Debatte einen Antrag auf städtische Beschäftigung der streikenden Textilarbeiter gegen 2,60 M. Tagelohn durch.

*** München, 8. März.** Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten genehmigte gestern auf Grund einer neuen Denkschrift des Kriegsministeriums einstimmig die Errichtung einer Feldzeugmeisterei, welche vor einiger Zeit im Klement in der Kammer der Abgeordneten abgelehnt wurde und dann von der Kammer der Reichsräte wieder eingeführt worden war, und die deshalb von der Kammer der Abgeordneten noch einmal beraten werden muß. — In der gestrigen

Sitzung des Reichstages wurde ein Antrag des Herrn (Centr.) für die Feldzeugmeisterei, welche seinerzeit gerade auf seinen Antrag abgelehnt worden war.

*** London, 8. März.** Bei dem gestrigen Jahresbankett der vereinigten Handelskammern im Hotel Metropol hielt das Mitglied Sir Albert Kollit eine Ansprache, in der er die als Gäste ampefenden Botschafter begrüßte. In dieser Ansprache führte er aus, daß die Besuche der Handelskammern ein besseres Einvernehmen angebahnt hätten. Er gab dann die Versicherung, mit Deutschland in guter und herzlicher Freundschaft leben zu wollen. Der Chefsekretär für Irland, Boyte, führte in einer Rede, die er in Erwiderung einer Ansprache zur Begrüßung der auf dem Bankett erschienenen Staatsminister hielt, folgendes aus: Es sei die vornehmste Aufgabe der Regierung, den Frieden mit aller Welt zu erhalten und er sei erstrebt, auszusprechen zu können, daß die Aussichten in dieser Hinsicht günstige seien. Sie wüßten ja alle, welch herzliches Band sie mit der großen Nation jenseits des Kanals verknüpfte.

Der deutsche Botschafter, Graf Wolff-Metternich, sprach Sir Albert Kollit seinen besten Dank für die freundlichen Worte aus. Die Handelskammern haben sich in der letzten Zeit zu den bisherigen noch eine neue Aufgabe gestellt, wozu, wie mich dünkt, jeder wohlmeinende und ehrliche Mann sie nur beglückwünschen kann. Es scheint mir eine bezeichnende Tatsache, daß die Handelswelt in ihren Hauptvertretern jetzt ernstlich und warm für gute Beziehungen zwischen allen Nationen eintrat, besonders für die zwischen solchen Nationen, welche des öfteren als Rivalen auf dem Gebiet des Handels angesehen werden. Es scheint mir, wenn ein Geschäftsmann der Ansicht ist, daß ein Einvernehmen besser ist als Gegenfuge, so können auch die anderen Gesellschaftsklassen ihm unbezogen folgen, ohne ihr Gewissen zu belasten. Die stetig wachsende Wohlfahrt der materiellen Interessen für die Existenz der hochzivilisierten Nationen ist ein mächtiger Faktor für die Erhaltung des Friedens und dient dazu, die Regierungen zu stärken, welche gleichweise die Erhaltung des Friedens als ihre vornehmste Aufgabe betrachten.

*** London, 8. März. Unterhaus.** In der Abend Sitzung des Unterhauses wurde der von Lee (Liberal) eingebrachte Antrag, den Mitgliedern des Parlaments jährlich die Zahlung von 300 Pfund Sterling zu leisten mit 348 gegen 110 Stimmen angenommen. Campbell-Bannerman nahm im Prinzip den Antrag an, erklärte jedoch, die Regierung werde weder Zeit noch Geld haben, den Beschluß durchzuführen.

*** San Sebastian, 7. März.** Der Uebertritt der Prinzessin Ena v. Battenberg zur katholischen Kirche fand gestern in der Kapelle von Miramar statt.

*** Madrid, 7. März.** Prinzessin Beatrice von Battenberg wohnte den Feierlichkeiten in der Kapelle von Miramar nicht bei. Prinzessin Ena nahm beim Uebertritt zur katholischen Kirche die Namen Viktoria Eugenie Christine an.

*** Gelsingfors, 8. März.** Der Senat beendigte gestern die Beratung betreffend die neue Verfassung und das allgemeine Stimmrecht für Finnland. Darnach wird das aktive und passive Wahlrecht allen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts erteilt, die das 24. Lebensjahr vollendet haben. Das Wahlrecht besitzt nicht, wer Armenunterstützung genießt, wer nicht in den Steuerlisten steht und wer insolvent ist.

*** Washington, 8. März.** Das Staatsdepartement veröffentlicht heute die Ergänzungsbestimmungen über die Zollerhebungen, die im Hinblick auf den Umstand getroffen worden sind, daß Deutschland den amerikanischen Waren den Mindesttarif weiter zugestehet.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 8. März 1906.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Maximum, das wie am Vortag die südliche Hälfte des Festlandes, sowie Südeuropa bedeckt, bis zu einer tiefen bei den kälteren gelegenen Depression ab. Im größten Teil Mitteleuropas ist das Wetter noch heiter und dabei warm, doch wird voraussichtlich die Depression ihren Wirkungsbereich südwärts ausdehnen; es ist deshalb zunächst bewölkt und mildes Wetter, dann sind Niederschläge zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 8. März 1906, früh.

Lugano wolkenlos 2 Grad; Varriz wolkenlos 12 Grad; Nizza wolftig 6 Grad; Triest Nebel 3 Grad; Florenz bedeckt 4 Grad; Cagliari wolkenlos 10 Grad; Brindisi wolkenlos 8 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Wind	Himmel
7. Nachts 9 ^{U.}	760.2	8.9	6.5	SW	heiter
8. Morgs. 7 ^{U.}	758.0	5.1	5.7	W	bedeckt
8. Mittags 9 ^{U.}	753.6	14.9	5.4	SW	wolftig

Höchste Temperatur am 7. März: 15.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.0.

Niederschlagsmenge des 7. März: 0.0 mm.

Schneehöhe: 0.0.

Wasserstand des Rheins am 8. März, früh: Schutterinsel 2.18 m, gefallen 3 cm; Kehl 2.33 m, gefallen 14 cm; Magau 4.64 m, gefallen 22 cm; Mannheim 4.37 m, gefallen 48 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

„Henneberg-Seide“
v. Mk. 1.10 ab — zollfrei!
Muster an Jedermann!
Nur direkt v. Seidenfabrik, Henneberg, Zürich.

